Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft
Sitzung am 05.03.2007

Drucksache Nr. 010/2007 öffentlich

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Anpassung der Tarife des Verkehrsverbunds Schwarzwald-Baar (VSB) zum 1. August 2007

Anlagen: 2
Gäste: --

Sachverhalt:

Mit der Einführung des Tarifverbunds im Schwarzwald-Baar-Kreis zum 1. September 2000 wurden die bisherigen Haustarife der sechzehn Verkehrsunternehmen im Kreisgebiet um durchschnittlich 20 % reduziert und zu einem einheitlichen Tarifsystem zusammengefasst.

Zum 1. November 2002 erfolgte eine erste Anpassung der Verbundtarife an die allgemeine Preisentwicklung. Die Fahrpreise wurden um durchschnittlich 4 % angehoben. Zum 1. August 2003 erfolgte eine weitere Anpassung der Tarife um durchschnittlich 2,5 %, um die Preissteigerungen - insbesondere im Energiebereich - auszugleichen. Seit dem Jahr 2004 gab es jährlich jeweils zum 1. August weitere Tariferhöhungen und zwar in 2004 um 5,6 %, in 2005 um 3,5 % und in 2006 um 3,9 %.

Neben den allgemeinen Kostensteigerungen lagen die Ursachen für die jährlichen Tarifanpassungen im Wesentlichen bei dem von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2003 beschlossenen Reformpaket zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Dadurch kam und kommt es unter dem Stichwort „Subventionsabbau“ dauerhaft zu massiven Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Ausbildungsverkehr. Hierbei wurden pauschale Kürzungen der Fördergelder für die Busunternehmen auf den Weg gebracht, die ab dem Jahr 2004 in Kraft traten. Der seit Jahren bestehende Ausgleichsmechanismus und seine Berechnungsfaktoren werden auch künftig noch unverändert bestehen bleiben, allerdings wird der zur Auszahlung an die einzelnen Verkehrsunternehmen errechnete Betrag prozentual gekürzt, und zwar im Jahr 2004 um 4 %, im Jahr 2005 um 8 % und ab 1. Januar 2006 jährlich um 12 %.

Durch diese Kürzungen waren der Verkehrsverbund und der Landkreis gezwungen, die oben genannten Tariferhöhungen vorzunehmen, um die durch die Kürzung entstehenden Finanzierungsausfälle durch höhere Fahrgelderlöse zumindest teilweise auszugleichen.

Neben diesen Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr kam im Jahre 2006 noch eine Kürzung der Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten nach § 148 des Sozialgesetzbuches hinzu,

welche ebenfalls in vollem Umfang zu Lasten der Verkehrsunternehmen ging.

Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Einnahmeausfälle

Mit den Verkehrsunternehmen hat die Kreisverwaltung deshalb bereits im Jahr 2004 geprüft, wie die notwendige Gegenfinanzierung der Einnahmeausfälle einerseits durch Kosteneinsparungen, andererseits durch Ertragserhöhungen verringert werden können. Mit den Verkehrsunternehmen des VSB wurde vereinbart, dass nicht alle Einnahmeausfälle einseitig über Tariferhöhungen kompensiert werden, sondern auch durch Einsparungen auf der Unternehmerseite Kostenentlastungen erfolgen müssen. Neben einem Leistungsabbau zu Zeiten schwächerer Verkehrsnachfrage und dem Abbau von Parallelverkehren kam hierfür auch die Umstellung von Linienverkehren auf Rufbusverkehre in Betracht, was im Kreisgebiet in den letzten Jahren bereits konsequent umgesetzt wurde. Die Möglichkeiten für weitere Einsparungen sind in diesen Bereichen nunmehr relativ gering, da in den vergangenen Jahren das Fahrtenangebot bereits mehrfach überprüft und die Fahrzeugumlauf- und Personaleinsatzpläne optimiert sowie zum letzten Fahrplanwechsel alle entbehrlichen Verbindungen bereits gestrichen wurden. Wesentlicher Kostenfaktor sind die Verkehrsspitzen in den Schülerverkehren am Morgen und um die Mittagszeit, zu denen bereits jetzt alle verfügbaren Fahrzeuge im Einsatz sind und auf gewissen Strecken die Kapazitätsgrenzen erreicht und teilweise bereits überschritten werden.

Weitere Einnahmeausfälle

Ab dem Jahr 2007 fehlen den Ländern wegen der Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund Mittel, welche von den Ländern für den ÖPNV eingesetzt wurden. Neben Streichungen im Fahrplanangebot des Schienenpersonennahverkehrs hat das Land auch bei den Zuschüssen für die Anschaffung von Bussen für den ÖPNV und Schienenfahrzeugen erhebliche Einschnitte vorgenommen. Diese Förderung geht beispielsweise bei Standardlinienbussen von dem bisherigen Höchstsatz von 68.500 € pro Bus (als Zuschuss bzw. über zinsvergünstigte Darlehen) auf einen Betrag von rund 30.000 € pro Bus zurück (davon 10.000 € als Direktzahlung und 20.000 € als zinsvergünstigtes Darlehen). Da im Bereich des Verkehrsverbunds Schwarzwald-Baar, in dem ca. 150 Busse im ÖPNV im Einsatz sind, jährlich etwa 10 bis 15 Busse durch die Verkehrsunternehmen neu beschafft wurden, sind hier für die Verkehrsunternehmen erhebliche Mindereinnahmen zu verzeichnen, die über höhere Abschreibungsbeträge Kosten steigernd wirken.

Neben den durch die Kürzung von Zuschüssen verursachten geringeren Einnahmen müssen auch in diesem Jahr die „normalen“ Kostensteigerungen berücksichtigt werden. An erster Stelle sind hier die auch im vergangenen Jahr gestiegenen Kosten für die Kraftstoffe zu nennen. Im Vergleich zu den Vorjahren ergab sich für die Unternehmen bei den Energiekosten eine Steigerung von rund 5 %. Diese Steigerungsrate lässt sich nicht mehr über zusätzliche Einsparungen im Betrieb ausgleichen. Hinzu kommen auch steigende Lohnkosten.

Im Jahr 2006 hat sich leider auch gezeigt, dass die Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen, insbesondere bei den Schülermonatskarten, deutlich geringer als prognostiziert ausgefallen sind. Dies lag hauptsächlich daran, dass es 2006 durch die relativ späte Lage der Sommerferien (im September nur zwei Wochen Unterricht) eine für die Verkehrsträger sehr ungünstige Konstellation ergeben hat, da im Gegensatz zu den Vorjahren viele Schüler im September statt Schülermonatskarten andere Fahrscheine des Fahrausweissortiments genutzt haben, um zur Schule zu gelangen. Außerdem waren die Herbst- und Wintermonate Oktober bis Dezember 2006 außerge-

wöhnlich mild, so dass sehr viele Schüler bis zu den Weihnachtsferien und damit erheblich länger als sonst mit Fahrrad oder Moped zur Schule gefahren sind. Somit ergaben sich auch hier im Vergleich zu den Prognosen für den Verbund nicht vorhersehbare Einnahmeausfälle.

Tarifanpassung 2007

Insgesamt beläuft sich der zu erwartende Fehlbetrag im VSB für das Jahr 2007 auf ca. 560.000 €. Um diesen Fehlbetrag beim Verkehrsverbund und den Verkehrsunternehmen vollständig aufzufangen, wäre nach Berechnungen des VSB rechnerisch eine Tariferhöhung zum 1. August 2007 um ca. 11 % erforderlich.

Da eine Tariferhöhung in dieser Größenordnung in keiner Weise marktverträglich wäre und in erheblichem Umfang Fahrgastabwanderungen zu erwarten wären, haben die Verkehrsunternehmen mit der Kreisverwaltung mehrere intensive Gesprächsrunden geführt und dabei alle Aspekte, Varianten und Möglichkeiten einer Tarifanpassung ausgelotet. Dabei kamen beide Seiten einvernehmlich zu dem Ergebnis, dass bei der Anpassung der Tarife in diesem Jahr in das Tarifsystem steuernd eingegriffen werden muss und die einzelnen Fahrscheinarten nicht linear um einen bestimmten Prozentsatz erhöht werden, sondern die einzelnen Fahrausweisgattungen isoliert betrachtet werden müssen.

Durch die punktuell unterschiedliche Anpassung einzelner Fahrscheinarten und Preisstufen konnte eine „Schüler-Komponente“ berücksichtigt werden, indem der Fahrpreis für die Schülermonatskarte der Preisstufe A, an dessen Höhe sich auch die von Eltern bzw. Schülern zu zahlenden Eigenanteile bei der Schülerbeförderungskostenerstattung orientieren, unterdurchschnittlich nur um 3,4 % (= 1 €) auf 30,50 € angehoben wird. Andererseits steigen die Tarife z. B. für die Monatskarte Erwachsene entsprechend der durchschnittlichen Erhöhung um 5,5 % (= 2,20 € pro Monat bei Preisstufe A) und die Wochenkarten für Schüler und Erwachsene der Preisstufe A um jeweils 9,5 % (= 1 € bzw. 1,30 €) überdurchschnittlich an. Dies ist erforderlich und auch vertretbar, um dem ursprünglichen Ziel des Verkehrsverbundes – den Anteil an verkauften Dauerkarten zu steigern und Dauerkunden zu binden – wieder gerecht zu werden, indem der Preis der Monatskarten im Verhältnis zu den Wochenkarten etwas attraktiver wird.

Eine Übersicht über die derzeit gültigen und vom VSB zum 1. August 2007 vorgesehenen Fahrpreise sowie die konkrete prozentuale Erhöhung ist als **Anlage 1** beigefügt.

Als **Anlage 2** liegt für ausgewählte Fahrscheinarten (Schülermonatskarte Preisstufe A, Monatskarte Erwachsene Preisstufe A und Einzelfahrschein Erwachsene Preisstufe 1) ein Vergleich des Preisniveaus der heutigen und beantragten Fahrpreise des VSB (Fahrpreise pro km in Cent) mit den entsprechenden Tarifen von 10 Verbünden im südlichen Baden-Württemberg bei. Wie hieraus zu entnehmen ist, liegt der VSB sowohl bei den heutigen Tarifen als mit den neu beantragten Tarifen im unteren Drittel des Preisniveaus und generell unter dem Durchschnitt der 10 Verbünde.

Im Ergebnis ergibt sich bei den zum 1. August 2007 geplanten Fahrpreisen für den Verbund auf Basis der Fahrscheinverkäufe des Jahres 2006 eine Tarifmehreinnahme von 5,3 %. Sofern sich die Mengengerüste der verkauften Fahrscheine im Laufe des Jahres 2007 nicht erheblich verändern, erwartet der Verbund Mehreinnahmen von etwa 360.000 €. Dies bedeutet, dass im Jahr 2007 trotz der Tariferhöhung beim Verbund und den Verkehrsunternehmen ein Fehlbetrag in Höhe von ca. 200.000 € entstehen dürfte, der voraussichtlich nur teilweise durch Leistungsoptimierung, unter

Umständen teilweise durch im Vergleich zu 2006 wieder etwas steigenden Fahrkartenverkäufen ausgeglichen werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die von den Verkehrsunternehmen vorgebrachten Argumente für die Notwendigkeit einer eigentlich viel höher anzusetzenden Tariferhöhung sind für die Verwaltung nachvollziehbar. Bedauerlich ist, dass der überwiegende Teil der Kostensteigerungen durch die Subventionskürzungen von Bund und Land verursacht wird, der weder von den Verkehrsunternehmen noch vom Landkreis in nennenswertem Umfang beeinflusst werden kann.

Die Verkehrsunternehmen und die Verwaltung sind sich jedoch auch darüber im Klaren, dass mit jedem weiteren Prozentpunkt bei den Preiserhöhungen der schmale Grat der Marktverträglichkeit der Fahrpreise überschritten wird, was wiederum zu weniger Fahrkartenverkäufen und in der Folge zu geringeren Einnahmen führen würde. Aus diesem Grund haben die Vertreter des VSB und des Landkreises versucht, durch gezielte Anpassungen bei bestimmten Fahrscheinarten in unterschiedlicher Höhe zu erreichen, dass die Preissteigerungen bei bestimmten Fahrscheinarten (z. B. der Preis der Schülermonatskarte der Preisstufe A, an dem sich auch die Entwicklung der Eigenanteile in der Schülerbeförderung orientiert und der damit die Höhe der monatlichen Kosten vieler anspruchsberechtigter Schüler beeinflusst) unterdurchschnittlich ansteigen.

Trotz der vorgesehenen Tariferhöhung über alle Fahrscheinarten um durchschnittlich 5,3 % liegen die Fahrpreise des VSB im Preis-/Leistungsverhältnis im Vergleich zu den meisten anderen Verbünden im südlichen Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt. Auch nach dieser Tariferhöhung wird das frühere Tarifniveau der vor Verbundgründung im Jahre 2000 geltenden Haustarife der Unternehmen noch nicht erreicht.

Der Landkreis hat sich im Verbundvertrag die Entscheidung vorbehalten, eine Anhebung des Verbundtarifs durch den VSB ggf. durch höhere Ausgleichszahlungen aus dem Kreishaushalt an die Verkehrsunternehmen zu vermeiden oder zu verringern. Soweit aus politischen Gründen eine Tariferhöhung vermieden oder verringert werden soll, wäre der Differenzbetrag zwischen den kalkulatorischen Einnahmen nach der Tariferhöhung und den tatsächlichen Tarifeinnahmen vom Landkreis dauerhaft auszugleichen und damit die jährlichen Zuschüsse an den Verbund entsprechend zu erhöhen. Dies wäre entsprechend der Kalkulation ein zusätzlicher Betrag von etwa 360.000 € pro Jahr.

Unter den gegebenen Umständen befürwortet die Verwaltung die vom Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar zum 1. August vorgesehene Tariferhöhung entsprechend der in Anlage 1 dargestellten Tarife.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft wird um Kenntnisnahme gebeten.